

Das Gesetz betreffend die Ab-
zahlungs-geschäfte.(Nach den Beschüssen des Reichstages in dritter
Verathung.)

§ 1. Hat bei dem Verkauf einer dem Käufer übergebenen beweglichen Sache, deren Kaufpreis in Theilzahlungen bezahlt werden soll, der Verkäufer sich das Recht vorbehalten, wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von dem Vertrage zurückzutreten, so ist im Falle dieses Rücktritts jeder Theil verpflichtet, dem anderen Theile die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig. Dem Vorbehalte des Rücktrittsrechts steht es gleich, wenn der Verkäufer wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen kraft Gesetzes die Auflösung des Vertrags verlangen kann.

§ 2. Der Käufer hat im Falle des Rücktritts dem Verkäufer für die in Folge des Vertrags gemachten Aufwendungen, sowie für solche Beschädigungen der Sache Ersatz zu leisten, welche durch ein Verschulden des Käufers oder durch einen sonstigen von ihm zu vertretenden Umstand verursacht sind. Für die Ueberlassung des Gebrauchs oder der Benutzung ist deren Werth zu vergüten, wobei auf die inzwischen eingetretene Wertminderung der Sache Rücksicht zu nehmen ist. Eine entgegenstehende Vereinbarung, insbesondere die von Ausübung des Rücktrittsrechts erfolgte vertragsmäßige Festsetzung einer höheren Vergütung, ist nichtig. Auf die Festsetzung der Höhe der Vergütung finden die Vorschriften des § 260 Absatz 1 der Zivilprozessordnung entsprechende Anwendung.

§ 3. Die nach den Bestimmungen der §§ 1, 2 beglaubigten gegenseitigen Verpflichtungen sind Zug um Zug zu erfüllen.

§ 4. Eine wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen verurtheilte Vertragsstrafe kann, wenn sie unverhältnismäßig hoch ist, auf Antrag des Käufers durch Urtheil auf den angemessenen Betrag herabgesetzt werden. Die Herabsetzung einer entrichteten Strafe ist ausgeschlossen. Die Abrede, daß die Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen die Fälligkeit der Restschuld zur Folge haben solle, kann rechtskräftig nur für den Fall getroffen werden, daß der Käufer mit mindestens zwei auf einander folgenden Theilzahlungen ganz oder theilweise im Verzug ist und der Betrag, mit dessen Zahlung er im Verzug ist, mindestens dem zehnten Theile des Kaufpreises der übergebenen Sache gleichkommt.

§ 5. Hat der Verkäufer aus Grund des ihm vorbehaltenen Eigentums die verkaufte Sache wieder an sich genommen, so gilt dies als Ausübung des Rücktrittsrechts.

§ 6. Die Vorschriften der §§ 1 bis 5 finden auf Verträge, welche darauf abzielen, die Zwecke eines Abzahlungs-geschäftes (§ 1) in einer anderen Rechtsform, insbesondere durch theilweise Ueberlassung der Sache zu erreichen, entsprechende Anwendung, gleichviel ob dem Empfänger der Sache ein Recht, später deren Eigentum zu erwerben, eingeräumt ist oder nicht.

§ 7. Wer Lotterielose, Inhaberpapiere mit Prämien (Gesetz vom 8. Juni 1871, Reichs-Gesetzl. S. 210) oder Bezugs- oder Antzettelcheine auf solche Lose oder Inhaberpapiere gegen Theilzahlungen verkauft oder durch sonstige auf die gleichen Zwecke abzielende Verträge veräußert, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark bestraft. Es begründet keinen Unterschied, ob die Uebergabe des Papiers vor oder nach der Zahlung des Preises erfolgt.

§ 8. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung, wenn der Empfänger der Waare als Kaufmann in das Handelsregister eingetragen ist.

§ 9. Verträge, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen worden sind, unterliegen den Vorschriften desselben nicht.

Deutschland.

Berlin, 13. April. Der Getreidemomopol-
Antrag des Grafen Kanitz wird in der „Nordd. Allg. Ztg.“ in einem Artikel, welcher unverkennbar die Auffassung der Regierung wiedergibt, energisch zurückgewiesen; es heißt darin:
„Das Mittel, um das gefestete Ziel zu erreichen, ist zweckdienlich gewählt; es bietet, vom Standpunkt der Antragsteller beurtheilt, zugleich den Vortheil, daß es den obdienten Theil der Aufgabe den verbündeten Regierungen zuneigt, während die Getreideproduzenten, die einfach den vom Staat gewaltsam in die Höhe getriebenen Preis einstreichen und sich dieser Wohlthat nicht entziehen können, bei den harten Anlagen, die sich selbstverständlich erheben würden, außer Schußweite gesetzt sind.“
Die Getreidepreise wurden in der Abicht eingeführt, den starken Preisrückgang, der unserer Landwirtschaft in Folge übermäßiger ausländischer Konkurrenz drohte, zu brechen und den Inlandspreis, soweit zur Beseitigung einer plötzlichen, sich rapide entwickelnden Gefahr nötig, in billigen Grenzen hochzuhalten. Sie wollten aber weder dem Landwirth alle Sorgen des Daseins abnehmen, noch dem lieben Gott das Konzept fortgibt und die Bedeutung der Frage, ob es regnet oder die Sonne scheint, ob er eine gute oder eine schlechte Ernte einbringt, für den deutschen Landmann nullifizieren. . . . Der Antrag des Grafen Kanitz will dagegen seinen „Mindestpreis“ auch nach den gezeichneten Ernten in Kraft treten lassen; er will diesen Mindestpreis unter allen Umständen, gleichviel wie der Marktpreis sich stellt. Für den Fall einer allgemeinen, den Weltmarktpreis erheblich steigenden Misere nimmt die „Begründung“ des Antrags mit der Bestimmung, daß immer, der Verkaufspreis (des vom Staate aus dem Auslande bezogenen Getreides) mindestens aus dem jetzigen Holzbetrage über dem Einkaufspreis stehen muß, noch eine besondere Preissteigerung in Aussicht. Damit wäre das landwirthschaftliche Gewerbe in einem Maße, von dem kein anderer Geschäftsbetrieb auch nur einen Schatten kennt, vom Risiko befreit und aus dem bitteren Kampf ums Dasein, den alle Anderen kämpfen müssen, heraus in die Lage einer sicher unbedruckten Existenz entrückt. Und zwar, wohl gemerkt, auf Kosten der Allgemeinheit, den Vermitteln der Armen als Kontribuenten nicht ausgeschlossen.

Auf der anderen Seite verschärft der Antrag die Mischtheorie, die dem Getreidegeschäft, auch soweit es sich um unsere Landwirtschaft selbst

handelt, anhaftet. Wir ziehen die Kurve des Interesses an den Getreidegeschäften innerhalb des von der Landwirtschaft lebenden Theils der Bevölkerung erheblich weiter, als die Freihandelspreise; aber sicher ist, daß je nach dem Umfang, in welchem der landwirthschaftliche Betrieb auf Körnerbau gestellt ist und in welchem Getreide überflüssig zum Verkauf erzielt wird, der Gewinn aus den Getreidegeschäften sich sehr ungleich vertheilt. Dem Viehmäher, der Getreide und sonstige Futtermittel zukaufen muß, bringen die Getreidepreise schon heute Schaden anstatt Vortheil, und dieser Schaden würde sich nach Annahme des Antrages Graf Kanitz bis zum Ruin, bis zur Erdrückung des Viehwirtschafters, zu wenig wie die Schwierigkeiten vernehmen, mit denen unsere Landwirtschaft zu kämpfen hat, so ist doch unzulänglich, daß zahlreiche Landwirthe, die Intelligenz, eine tüchtige sachmännliche Vorsehung, ausreichendes Betriebskapital und den Entschluß zu fleißiger Mitarbeit, kurz alle die Erfordernisse, die in jedem anderen Erwerbszweig bei jedem Geschäftseiter als selbstverständlich gelten, zu ihrem Beruf mitgebracht haben, auch bei den Durchschnittspreisen des letzten Jahrzehnts gut vorwärts gekommen sind. Wo der landwirthschaftliche Besitz wesentlich als Basis für eine repräsentative Existenz ausgeübt und eine ziemlich mühelos zu gewinnende sichere Rente von ihm erwartet wird, haben sich die Schwierigkeiten im Verhältnis zu früheren Zeiten allerdings in viel höherem Maße gehäuft. Mit dieser Auffassung an sich zu rechten, liegt uns durchaus fern. Sie tritt nur da in den Bereich der Kritik, wo mit ihr parallel laufend ein Anspruch auf Zuschüsse aus Mitteln der Allgemeinheit erhoben wird.

So liegen aber die Dinge in dem Fall des Antrages Graf Kanitz. Die Hülfsleistung, die hier auf öffentliche Kosten gefordert wird, ist exorbitant; sie überschreitet erheblich das Maß des Nachhülfsbedürfnisses, das bei dem richtigen und seiner Aufgabe gewachsenen praktischen Landwirth vorliegt. Dementsprechend wird die Antwort der verbündeten Regierungen ohne Zweifel nur in einem runden Nein bestehen können. Trotz des hervorragenden Grades von staats-erhaltender Wirksamkeit, den die Antragsteller selbst noch nach der neueren Entwicklung der Dinge in der konservativen Partei, für sich in die Waagschale zu werfen haben mögen, würde die Regierung pflichtgemäß doch davon absehen müssen, der großen Mehrheit der Bevölkerung zu Gunsten einer einzelnen Schicht Opfer aufzuopfern, die an den Charakter von Kriegskontributionen freieren. Die Aussicht auf große Einnahmen des Reichs, durch die andere unliebsame Steuern entbehrlich würden, kann von diesem Urtheil nicht abdrängen. Denn die deutschen Regierungen haben nicht nur darnach zu fragen, wie große Erträge eine Einnahmequelle abwerfen würde, sondern vor Allem, welche Einnahmen sich für sie schiden. Und hier würde, so wenig die Antragsteller offenbar sich dessen klar bewußt geworden sind, Grund vorliegen, den Vorwurf des Brodwunders nicht herauszufeschreiben.

General Graf v. Waldersee hat, dem „Hamb. Korr.“ zufolge, anlässlich seines am Sonntag gefeierten 62. Geburtstages, vom Kaiser einen prachtvollen Ehrenfabel zum Geschenk erhalten. Der Säbel trägt auf der Klinge die Inschrift: „Dem Feinde Trug! Dem Freunde Schutz!“

Der „Politischen Korrespondenz“ zufolge hat Kaiser Wilhelm bei seinem Aufenthalt in Pola den Erzherzog Karl Stephan zum Konteradmiral in der deutschen Marine ernannt.

Am 27. Februar v. J. richtete das Abgeordnetenhaus an die Staatsregierung das Eruchen, die vom Jahre 1880 bis 1885 angenommene Statistik über die Privatlotterien bis zum Jahre 1893 fortzuführen und über das Ergebnis dem Hause Mittheilung zu machen. Diese Statistik liegt nunmehr vor. Die Gesamtzahl der vom 1. Januar 1885 bis zum 31. Dezember 1893 genehmigten Lotterien beziffert sich danach auf 5441; davon sind 101 Auspielungen außerpreussisch. Die Gesamtzahl der Lose beläuft sich auf 56 461 300; davon fallen auf die außerpreussischen Lotterien 10 880 500; es ist dabei zu beachten, daß auch bei den ausländischen Lotterien und Auspielungen die Gesamtzahl der dazu ausgegebenen Lose in Anschlag gekommen ist. In Preußen ist nur ein Theil der Lose vertrieben worden. Von den inländischen Lotterien hat wiederum eine größere Zahl in anderen deutschen Bundesstaaten Zulassung gefunden; auch von diesen sind also nicht sämtliche Lose in Preußen abgesetzt worden. Der Gesamtsumme der Lose beläuft sich auf 140 880 500 Mark, auf die ausländischen Lotterien kommen davon 18 944 500 Mark. Der Gesamtsumme der Gewinne beträgt 76 539 800 Mark, davon entfällt auf das Konto der ausländischen Lotterien 9 680 700 Mark. Bei dem überwiegenden Theile der ausländischen Lotterien und Auspielungen haben sich, wie auch bei vielen inländischen, insbesondere solchen, die von den Verpräsentanten genehmigt sind, Unkosten und Retenrtrag nicht ermitteln lassen.

Ueber den Zweck der Lotterien und Auspielungen giebt die Nachweisung folgende Auskunft: 3020, davon fünf ausländische, waren für Zwecke der Wohlthätigkeit, wie Bau von Krankenhäusern und Schulen, 1652, davon 61 außerpreussisch, zu landwirthschaftlichen Zwecken; 270, davon 27 ausländische, werden unter der Rubrik Kunst und Gewerbe genannt; 276, davon 8 ausländische, für Kirchenbau und sonstige kirchliche Zwecke. Der Rest, dessen Bestimmung nicht genannt ist, beläuft sich auf 223, die sämtlich inländische sind. Der Jahresdurchschnitt beträgt: 604 Lotterien mit 6 273 480 Lose, 15 653 390 Mark Gesamtsumme der Lose und 8 540 420 Mark Gesamtsumme der Gewinne. Die Nachweisung erklärt diese Zahlen wie folgt: Bei den zu wohlthätigen Zwecken veranfaßten Verlosungen sind die Unkosten vielfach sehr gering. Die Gewinne werden zum großen Theil von Freunden und Gönnern geschenkt, die oft auch die Druckkosten unentgeltlich liefern und den Betrieb der Lose ohne jede Entschädigung übernehmen. Bei den übrigen Auspielungen schwanken die Unkosten — einschließlich der Stempelsteuer — meist zwischen 30 und 40 Prozent des Spielkapitals, haben jedoch in manchen Fällen einen noch höheren Prozentatz dieses Kapitals erreicht. Die Durchschnittsziffern des Spielkapitals und des Gesamtsummes der Gewinne sind sehr viel höher, als die entsprechenden Ziffern der letzten Uebersicht. Das beruht namentlich darauf, daß in den Jahren 1890 und 1891 die Gelotterien zur Ge-

winnung der Mittel für die Niederlegung der Schloßfreiheit in Berlin und zur Ausrottung der Sklavensklaven und des Sklavenshandels mit einem Spielfeldkapital von zusammen über 48 000 000 Mark und Gewinnen im Gesamtsumme von über 31 000 000 Mark genehmigt worden sind. 5. Nach den bestehenden Grundsätzen werden Lotterien und Auspielungen zur Erleichterung der den Kirchenbaupflichten obliegenden Kirchenbaulast nicht bewilligt. Bei den bedeutenderen der oben aufgeführten kirchlichen Zwecken dienenden Unternehmen handelte es sich meist um die Gewinnung der Mittel zur Wiederherstellung kirchlicher Bauwerke, die einen hervorragenden Kunst- oder kunstgeschichtlichen Werth haben. 6. Unter den Lotterien und Auspielungen, deren Bestimmung nicht näher angegeben ist, befinden sich: die zur Gewinnung der Mittel für die Herstellung und Ausbesserung der Marienburg, die Antiklaverei- und Schloßfreiheit-Lotterie, ferner die Auspielungen zu Gunsten der Thierheilst- und Turn- und Gesangsvereine, sowie von Schützengilden, zur Anschaffung von Vereinsfahrzeugen, zur Errichtung von Kriegereinfachern, Begründung von Volksbibliotheken, zur Verbesserung städtischer Anlagen, zum Besten der durch Ueberschwemmungen heimgeführten Landestheile.

Zweiterlei läßt die statistische Zusammenstellung vermessen. Zunächst, daß die zum Vergleich herangezogenen Summen der letzten Statistik nicht angeführt sind, sodann daß nicht näher angegeben ist, in welcher Weise die ausgeführten Summen sich auf die angeführten Zwecke vertheilen.

Urpflöglich ist aus dem papiernen Kriege des Herrn Dr. Lieber eine große Kritik geworden. Er hat den Entschluß gefaßt, seine beiden Mandate, für den Reichstag und das Abgeordnetenhaus, niederzulegen. Heute tritt er in Berlin ein, um die erforderlichen Schritte zu thun. Die Presse hat sich eigentlich in aller Stille abspielen lassen, aber die Erörterungen in der Sache haben ihn davon abgebracht. Und der Abgang von der politischen Schaubühne soll sich nun mit einem Platzeffekt vollziehen. Vielleicht ist für den anderen Entschluß noch eine andere Hoffnung entstehend gewesen. In der „Niederrheinischen Volkszeitung“ heißt es bereits, daß es dem Wünsche des katholischen Deutschlands entspreche, den berühmten Parlamentarier, Führer und Volksmann Dr. Lieber dem öffentlichen Leben zu erhalten, und die „Germania“ schlägt sich diesem Wunsche an. Wenn aller Hände sich ausbreiten, um den Dr. Lieber-Monumentum zum Weiben zu veranlassen, läßt sich dieser vielleicht doch noch bestimmen, seinen Entschluß aufzugeben, für den allerdings nicht der Streit mit Herrn von Bismarck den Ausschlag gegeben haben kann. Herr Lieber hat bereits auf die tiefer liegenden Ursachen hingewiesen, auf die Schwierigkeiten, die von Rom und Fulda aus gemacht werden, und auf die veränderten Verhältnisse in der jüngsten Zentrumspolitik. Daß keinerlei Wünsche und Direktiven von kirchlicher Seite betriebs des Handelsvertrages erfolgt sind, wie die „Germania“ gegenüber liberalen Assimilationen hervorhebt, mag richtig sein. Aber auch betreffs der Militär-vorlage? Es hat eben seine Schwierigkeiten, große ausschlaggebende politische Partei und päpstliche Verleugung zu gleicher Zeit sein zu wollen.

Wie seltsam urtheillos ein Theil unserer Presse ist, beweist nur zu deutlich die Aeußerung eines großen Berliner Blattes, daß die Eisenbahnverwaltung die Mehreinnahme von 5 Millionen Mark aus den Staffeltarifen einfach „als gute Beute in die Tasche gesteckt habe“. Sollte das Blatt wirklich nicht wissen, daß die durch die Mehreinnahme herbeigeführte Vermehrung des Ueberschusses der Eisenbahnverwaltung den allgemeinen Staatsfinanzen zugeflossen ist und zur Verminderung des Defizits beigetragen hat, mit hin den Steuerzahlern zu Gute gekommen ist?

Im Uebrigen geht man sicher nicht zu weit, wenn man annimmt, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten bei der Verathung seines Etats sehr gut abgeschnitten hat. Wochten die allgemeinen Fragen der finanziellen Leistungen der Eisenbahnverwaltung, der Personen- oder Gütertarife oder der Organisation der Verwaltung, oder mochten mehr spezielle Fragen, wie die Vergütung der Materialien für den Oberbau, die Vorratstare, der Viehtransport, die Erhöhung der Beamtengehälter u. s. w. zur Erörterung stehen, überall trat die volle Sachbegabung und Sicherheit der Ziele und der Vertheilung sowohl nach der wirtschaftlichen wie nach der finanziellen Seite hervor. Man merkte es dem Minister bei jedem Worte an, daß er das Eisenbahnwesen von Grund aus kennt und alle Seiten desselben gleichmäßig beherrscht, dazu kommt die ruhige Sachlichkeit, mit welcher er die Dinge und auch abweichende Ansichten behandelt.

Es wäre angesichts dessen sicher nicht nötig gewesen, die Verhandlungen über den Eisenbahnetat so in die Länge zu ziehen, wie dies geschehen ist. Wenn aber erst einmal ein Thema, wie z. B. die Personentare, angesprochen ist, dann ist kein Halten mehr. Wie im Hause so wird sich aber in der Öffentlichkeit das Interesse an den Verhandlungen wesentlich auf die Neben des Eisenbahnministers konzentriert haben. Ihm ist die schwierige Aufgabe gestellt, eine für das Erwerbsleben des Landes in erster Linie entscheidende Verwaltung in einer Zeit zu führen, in welcher die finanziellen Minderheiten sich mit besonderem Nachdruck geltend machen. Die Etatsdebatte wird auch in den weiteren Kreisen des heimischen Erwerbslebens die Ueberzeugung befestigt haben, daß zur Lösung dieser schwierigen Frage in einem auch die wirtschaftlichen Interessen gebührend berücksichtigenden Sinne der richtige Mann auf dem rechten Platze ist.

Ans Thüringen, 11. April. Die „engere Verbindung“ von Koburg und Gotha, die Herzog Alfred in seiner Thronrede vom 2. April programmatisch angekündigt, ist das Räthsel, das in beiden Ländern die Gemüther beschäftigt. So allgemein richtig es erscheinen muß, daß ein kleines Staatswesen nicht zwei getrennte Verwaltungen haben soll, so schwierig erscheint es andererseits, die Verbindung beider Herzogthümer noch enger zu knüpfen, als es bisher in der Personalunion in einem gemeinschaftlichen Landtag und zum Theil in einer gemeinschaftlichen Justiz geschehen. Koburg ist das ärmere, Gotha das reichere Land; dieses hat fast dreimal so groß als jenes, Koburg ist aber Stammland und Gotha erst 1826 an Koburg gekommen. Wenn z. B. die Finanzen beider Landestheile vereinigt werden sollten, so würde zwar Gothas bessere Finanzlage Koburg zu Statten kommen, doch würde Gotha dieses

Opfer für Koburg nicht bringen wollen, wenn nicht die Zentralverwaltung ihm zufließe, was aber Koburg selbst um den Preis des finanziellen Vortheils nicht zugehen würde. Noch ist gar nicht bekannt, wie weit die Pläne behufs der „engeren Verbindung“ gehen; wahrscheinlich wird man sehr vorsichtig vorgehen, um die berechtigten beiderseitigen Interessen zu schonen. Das seit 50 Jahren zwischen Koburg und Gotha nach und nach sich gefaltet, das steht in Thüringen nicht ganz vereinzelt da. Als im vorigen Jahrhundert das herzogliche Haus Eisenach an Weimar fiel, behielt Eisenach viele Jahrzehnte lang noch seine eigene innere Verwaltung, wie seine eigenen Finanzen, seine obersten Justiz-, Kirchen- und Schulbehörden, sogar sein eigenes Münzwesen. Erst im Laufe der Zeit und sehr langsam bildete sich die Staatseinheit des Großherzogthums mit einer vollständigen Zentralisirung in Weimar heraus. So wird sich für Koburg-Gotha vielleicht noch ein halbes Jahrhundert hingehen, ehe bei dem ein Staatswesen verschmelzen.

Köln, 12. April. Nach einer Mittheilung der „Köln. Ztg.“ aus Berlin wurde am 10. d. in der Sitzung des Ausschusses der Kolonialgesellschaft über die geplante Expedition nach Togo verhandelt. Graf Pfeil sei von der Leitung zurückgetreten und es hätten sich erhebliche Bedenken in der Richtung geltend gemacht, ob nicht, wenn man diese Expedition unternähme, andere Unternehmungen zurückgestellt werden müßten, die vielleicht doch wichtiger erschienen. Zur endgültigen Entscheidung ist eine Sitzung nach Frankfurt a. M. einberufen worden.

Friedrichsruh, im April. Fürst Bismarck, dem man noch um Neujahr einen letzten kleinen Rest der überstandenen Krankheit angemerkt haben soll, erfreut sich seit einigen Monaten eines körperlichen Wohlergehens und einer Heiterkeit, wie sie ihm in den letzten Jahren in gleichem Grade nicht mehr beschienen gewesen waren. Die Gesichtsfarbe ist frischer, Haltung und Gang sind kräftiger als sogar zur Zeit des Besuchs in München. Die Reise nach Berlin hat auch insofern günstig gewirkt, als sie dem Fürsten zum ersten Male wieder nach der Krankheit das Vertrauen in seine Kräfte zurückgab. Die täglichen Spaziergänge werden ausgedehnter und der Fürst würde auch schon wieder ausgeritten sein, wenn nicht das von ihm bevorzugte Pferd (ein Geschenk des Grafen Fendel zu Donnersmarck) um die Osterzeit, auf welche sich diese Angaben beziehen, wegen einer Geschwulst auf dem Rücken unbenutzbar gewesen wäre. Ein altgewohnter Fehler Bismarcks besteht noch immer darin, daß er sich in Bezug auf Essen und Trinken nicht ganz nach seines Leibarztes Vorschriften richtet. Der Gesamtsummeindruck ist aber, daß man zu Deutschlands Freunde dem Schöpfer unseres Reichs noch eine lange Lebensdauer voraussetzen darf. Vor Allem rühmen alle Besucher, unter denen die meisten Ostergäste (darunter Bismarcks Schwester) noch bis zum Geburtstag der Fürstin (11. April) in Friedrichsruh bleiben, die bezaubernde Frische und Geisteskraft, wie sie in jeder Unterhaltung zu Tage tritt. Aber ob die Freude an Landwirtschaft und Natur die Nichtbetheiligung an den Staatsgeschäften aufzuwiegen vermag, ist doch fraglich. Auch die Fürstin ist trotz ihres Alters munter und wohlthun. An den Besuch irgend eines Badeortes oder an irgend eine andere größere Reise denken für dieses Jahr weder Fürst noch Fürstin. Bismarck wird bis zum Juni in Friedrichsruh bleiben und dann auf einige Zeit nach Varzin übersiedeln. Mit besonderer Beforgnis pflegt der Fürst stets von der durch den russischen Handelsvertrag zum mindesten nicht verbesserten Lage der Landwirtschaft zu sprechen. Betreffe unserer Kolonialangelegenheiten debattiert er, daß dem von ihm besonders hochgeschätzten Major v. Wissmann sein größerer Wirkungskreis eingeräumt worden sei. Betreffe der ihnen völlig unbekannten Hintermänner des „Kladderadatsch“ hat sich sowohl der Fürst als auch sein Sohn Herbert mehrfach in ergebnislosen Vermuthungen ergangen. Ueber das derzeitige körperliche Befinden unseres genialen Staatsmannes wird das deutsche Publikum am besten urtheilen können, wenn die von Professor v. Lenbach zur Oesterzeit entworfenen Skizzen der Öffentlichkeit zugänglich werden. Auch hat der Münchener Künstler bei diesem Anlaß ein schon früher begonnenes Oelgemälde vollendet, das den Fürsten in Uniform und mit tief in den Nacken gedrücktem Kaiserhelm darstellt. Der Vorliebe für die bequeme, einen Kleidungswechsel bei Tisch und bei Empfängen ausschließende Uniform ist der Fürst auch jetzt noch treu geblieben. Während Bismarck selbst niemals über seine Memoiren spricht, verlannt aus dem Kreise seiner Umgebung, daß sie längst vollendet und in den Händen des Verlegers seien, dem nur die eine Bedingung gestellt sei, daß der Fürst sich der Zeitpunkt des Erscheinens vorbehalte. Die Zahl der zum 1. April eingelaufenen Glückwunschkarten und Telegramme soll sich auf über 10 000, diejenige der zum Theil noch gar nicht geöffneten Sendungen auf beinahe 1000 belaufen. Dr. Grynauer habe in jenen Tagen Tag und Nacht gearbeitet, während Bismarck zwar jeden Glückwunsch selbst in die Hand nehme, aber doch die große Menge erst allmählich im Laufe der Zeit erlebigen könne.

München, 12. April. Die Kammer der Abgeordneten hat heute die dreitägige Generaldebatte über das Volksschulwesen beendet. Der Kultusminister Dr. von Müller erklärte unter anderem, theoretisch stehe er der Trennung des niederen Schulunterrichts vom Lehrersstand sympathisch gegenüber, die praktische Durchführbarkeit dieser Trennung sei jedoch vielfach unmöglich. Die Schul-aufsicht durch die Geistlichkeit habe Dankenswerthes geleistet. Die konfessionelle Trennung des Lehrersstandes sei bedauerlich. Auch die Lehrerschaft müßte das Hineintragen des Parteistampfes in die Schule verhüten.

Niederlande. Haag, 12. April. Endgültiges Wahlergebnis: 32 Anhänger, 38 Gegner des Rakischen Wahlsystems, 30 Stichwahlen zwischen 36 Anhängern und 24 Gegnern.

Italien. Rom, 10. April. In dem Palermitaner Aufstandsbefehl hat gestern die Verlesung zahlreicher Briefe begonnen, welche die angeklagten Mitglieder des Hauptausschusses der Arbeiterbünde mit den Genossen und anderen gewechselt haben. Die meisten davon zeugen von der Absicht, in Sizilien einen Wandel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse herbeizuführen.

Spanien und Portugal. Valencia, 12. April. Bei den gestrigen Ausschreitungen wurden 17 Pilger verwundet, von den Angreifern vier verletzt. Der Bischof von Madrid erhielt einen Dolchstoß, der durch die Soutane ging. Dem Erzbischof von Sevilla wurden die Schellen seines Wagens eingeschlagen. Die Anführer waren die Fensterheben des bischöflichen Palastes mit Steinen ein.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 13. April. Im neuen Krankenhause v e r s t a r b gestern die Frau des Werführers Dr. a u n a u s Grabow in Folge von Verletzungen, welche sie sich an einem der ersten Tage des April durch unvorsichtiges Umgehen mit einer brennenden Petroleumlampe zugezogen hatte. Die Frau wollte das Bassin der Hängelampe aus dem Gestell nehmen, dasselbe entfiel ihrer Hand und das Petroleum ergoß sich über ein in der Nähe befindliches Bett, in welchem das Kind der B. ihren Schlafteufel schlief. Bei dem vergeblichen Bemühen, die in Brand gerathenen Bettstücke zu löschen, fingen die Kleider der Frau Feuer und trug dieselbe ebenso wie das Kind schwere Brandwunden davon. Das Kind erlag bereits wenige Stunden nach dem Unfall den erlittenen Verletzungen.

Aus der verschlossenen Kiste eines am Selbstmordwerk liegenden Rahmes wurden in einer der letzten Nächte Kleider und Bettstücke im Werthe von etwa 100 Mark gestohlen. Mehrere Korbmachereisen, welche den Rahmen besaßen, hatten, sind in vorletzter Nacht von den dort angestellten Wachen einzelne Stücke entwendet worden.

Der bekannte Leichen-Kommissar Soltau ist heute Vormittag von einem plötzlichen Tod ereilt worden, während des Raifens besaß ihn ein Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Stadt-Theater. „Eifersucht“ von H. v. Reinefeld. Vor gut besuchtem Hause gelangte gestern zum ersten Male das vieraktige Schauspiel „Eifersucht“ von H. v. Reinefeld zur Aufführung. Wenn wir zunächst auf das Stück eingehen, so liegt, wie in allen Schauspielen, in denen Eifersucht das Motiv der Handlung bildet, auch hier die bewegende Kraft in der dauerhaften Ausbeutung eines an sich harmlosen Vorganges, Flora Hoffner, welche in ihrem nach dem Garten gelegenen Zollettenzimmer sich umkleidet, um einen Krankenbesuch zu machen, wird von ihrem Schwager,

nur ein Theil kam zweifellos auf gewaltsame Umstürzung gebeitet werden. In einem Briefe des in Frankreich lebenden Anarchisten Amilcar Cipriani an Petrina kommen Schmähungen gegen die Königin vor, die auf Wunsch des Angeklagten des Fiskal-Abolaten von der Verlesung ausgeschlossen werden. Ein aus Tunis nach Sizilien geschickter Aufruf an die Arbeiter hat einen sehr drohenden und umstürzlichen Ton. In einem Schreiben an den Hauptangeklagten, Abg. De Felice, aus Venedig ist von der Revolution im Einverständnis mit den Priestern die Rede. In einem Briefe vom 13. Dezember v. J. heißt es: „Das Blut der Proletarier wird gerächt werden; Sizilien wird schleunigst zur Revolution schreiten; es wird einen großen Krach geben“; in einem anderen vom 20. „Man ist bei der Verstellung der Notarden, das platte Land muß in Bewegung gesetzt, die Festung gestürmt werden“; in einem vom 27.: „Der Bergkranz rings um Palermo wird von Bewaffneten starren, die sich auf die Stadt werfen werden. Unsere Bevölkerung hat Verstand für die Revolution, welche die Flammen eines Zulfans nähren.“ Im Januar, als De Felice schon verhaftet war, schreibt ihm jemand aus Paris: „Lieber Gevatter! Ich bin aus Neapel zurück. Sorgt für sichere Unterbringung der Waaren. Die Patronen erheischen große Vorsicht. Schickt die Monarchie zum Teufel. Die hiesigen Anarchisten verachten Cipriani. Wer will sich auf diesen Hanswurst verlassen? Ganz Frankreich ist für uns und harret nur auf den günstigen Augenblick, um uns zu unterstützen.“ Ein bekannter römischer Tageschriftsteller, der bereits nachgewiesen hat, daß es sich nur um die Veröffentlichung einer neuen sozialistischen Zeitschrift handelte, schrieb an De Felice: „Mach, daß Du herkommst. Ich lasse die Bombe plagen, sobald der Apfel reif ist.“ Cipriani schrieb an den Angeklagten Renzi: „Ich und Malatesta, der krank ist, haben nur ein paar Kilogramm Dynamit und hatten beschlossen, nicht mehr zu zögern; aber wir fanden keinen Beisland“, worauf Renzi antwortete: „Das elende Bürgerthum windet sich zwischen Leben und Sterben. Seiner Niederlage gewiß, sucht es seinen Todeskampf noch zu verlängern. Jeder kämpft gegen den Feind unter seiner Fahne. Wir Revolutionäre wollen das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Die Genossen des Bundes von Baucina sollen die Rede des Hauptausschusses verbreiten, um den Klassenhaß in die Massen zu trüben; den verhafteten Bauern muß man ein paar Franken den Tag versprechen.“ Ein von Cipriani verfaßter Aufruf sagt u. a.: „Bedroht Euch die Regierung, so leistet Widerstand! Führt sie einen Schlag, schlägt wieder! Einigt und ordnet Euch! Im übrigen hofft auf nichts. Regierung von Epiphonen! Sie wird nur Elend und Fesseln für Euch haben.“ Der Gendarmemajor von Matera berichtet, De Felice habe die Vertheilung der Güter in Aussicht gestellt, das Volk zur Vernichtung der Staatseinkünften, der Gesellschaft, des Vaterlandes angeflacht.

Rom, 12. April. In Folge Beschlagnahme einer Bombe verhaftete die Polizei im Laufe des Tages drei verdächtige Anarchisten, darunter einen Statisten des Konfanztheaters. Die beschlagnahmte Bombe soll im Auslande fabrizirt sein.

Palermo, 12. April. In dem bei dem Kriegesgericht anhängigen Prozesse gegen Defelice Guinada und seine Mitangeklagten begann heute das Verhör. Defelice leugnete, vom Auslande Geld erhalten zu haben, und wies die Beschuldigung zurück, daß die sozialistische Partei beabsichtigt hätte, Sizilien an England abzutreten und einen oder mehrere Häfen England zu überlassen. Genfs bestritt der Hauptangeklagte, daß ein Einvernehmen mit den Klerikalen bestanden habe. Das Ziel seiner Partei sei die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht mittelst Verführung, sondern durch Revolution, welche sich durch die Wissenschaft und die Zivilisation vollziehen werde.

Spanien und Portugal. Valencia, 12. April. Bei den gestrigen Ausschreitungen wurden 17 Pilger verwundet, von den Angreifern vier verletzt. Der Bischof von Madrid erhielt einen Dolchstoß, der durch die Soutane ging. Dem Erzbischof von Sevilla wurden die Schellen seines Wagens eingeschlagen. Die Anführer waren die Fensterheben des bischöflichen Palastes mit Steinen ein.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 13. April. Im neuen Krankenhause v e r s t a r b gestern die Frau des Werführers Dr. a u n a u s Grabow in Folge von Verletzungen, welche sie sich an einem der ersten Tage des April durch unvorsichtiges Umgehen mit einer brennenden Petroleumlampe zugezogen hatte. Die Frau wollte das Bassin der Hängelampe aus dem Gestell nehmen, dasselbe entfiel ihrer Hand und das Petroleum ergoß sich über ein in der Nähe befindliches Bett, in welchem das Kind der B. ihren Schlafteufel schlief. Bei dem vergeblichen Bemühen, die in Brand gerathenen Bettstücke zu löschen, fingen die Kleider der Frau Feuer und trug dieselbe ebenso wie das Kind schwere Brandwunden davon. Das Kind erlag bereits wenige Stunden nach dem Unfall den erlittenen Verletzungen.

Aus der verschlossenen Kiste eines am Selbstmordwerk liegenden Rahmes wurden in einer der letzten Nächte Kleider und Bettstücke im Werthe von etwa 100 Mark gestohlen. Mehrere Korbmachereisen, welche den Rahmen besaßen, hatten, sind in vorletzter Nacht von den dort angestellten Wachen einzelne Stücke entwendet worden.

Der bekannte Leichen-Kommissar Soltau ist heute Vormittag von einem plötzlichen Tod ereilt worden, während des Raifens besaß ihn ein Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Stadt-Theater. „Eifersucht“ von H. v. Reinefeld. Vor gut besuchtem Hause gelangte gestern zum ersten Male das vieraktige Schauspiel „Eifersucht“ von H. v. Reinefeld zur Aufführung. Wenn wir zunächst auf das Stück eingehen, so liegt, wie in allen Schauspielen, in denen Eifersucht das Motiv der Handlung bildet, auch hier die bewegende Kraft in der dauerhaften Ausbeutung eines an sich harmlosen Vorganges, Flora Hoffner, welche in ihrem nach dem Garten gelegenen Zollettenzimmer sich umkleidet, um einen Krankenbesuch zu machen, wird von ihrem Schwager,

nur ein Theil kam zweifellos auf gewaltsame Umstürzung gebeitet werden. In einem Briefe des in Frankreich lebenden Anarchisten Amilcar Cipriani an Petrina kommen Schmähungen gegen die Königin vor, die auf Wunsch des Angeklagten des Fiskal-Abolaten von der Verlesung ausgeschlossen werden. Ein aus Tunis nach Sizilien geschickter Aufruf an die Arbeiter hat einen sehr drohenden und umstürzlichen Ton. In einem Schreiben an den Hauptangeklagten, Abg. De Felice, aus Venedig ist von der Revolution im Einverständnis mit den Priestern die Rede. In einem Briefe vom 13. Dezember v. J. heißt es: „Das Blut der Proletarier wird gerächt werden; Sizilien wird schleunigst zur Revolution schreiten; es wird einen großen Krach geben“; in einem anderen vom 20. „Man ist bei der Verstellung der Notarden, das platte Land muß in Bewegung gesetzt, die Festung gestürmt werden“; in einem vom 27.: „Der Bergkranz rings um Palermo wird von Bewaffneten starren, die sich auf die Stadt werfen werden. Unsere Bevölkerung hat Verstand für die Revolution, welche die Flammen eines Zulfans nähren.“ Im Januar, als De Felice schon verhaftet war, schreibt ihm jemand aus Paris: „Lieber Gevatter! Ich bin aus Neapel zurück. Sorgt für sichere Unterbringung der Waaren. Die Patronen erheischen große Vorsicht. Schickt die Monarchie zum Teufel. Die hiesigen Anarchisten verachten Cipriani. Wer will sich auf diesen Hanswurst verlassen? Ganz Frankreich ist für uns und harret nur auf den günstigen Augenblick, um uns zu unterstützen.“ Ein bekannter römischer Tageschriftsteller, der bereits nachgewiesen hat, daß es sich nur um die Veröffentlichung einer neuen sozialistischen Zeitschrift handelte, schrieb an De Felice: „Mach, daß Du herkommst. Ich lasse die Bombe plagen, sobald der Apfel reif ist.“ Cipriani schrieb an den Angeklagten Renzi: „Ich und Malatesta, der krank ist, haben nur ein paar Kilogramm Dynamit und hatten beschlossen, nicht mehr zu zögern; aber wir fanden keinen Beisland“, worauf Renzi antwortete: „Das elende Bürgerthum windet sich zwischen Leben und Sterben. Seiner Niederlage gewiß, sucht es seinen Todeskampf noch zu verlängern. Jeder kämpft gegen den Feind unter seiner Fahne. Wir Revolutionäre wollen das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Die Genossen des Bundes von Baucina sollen die Rede des Hauptausschusses verbreiten, um den Klassenhaß in die Massen zu trüben; den verhafteten Bauern muß man ein paar Franken den Tag versprechen.“ Ein von Cipriani verfaßter Aufruf sagt u. a.: „Bedroht Euch die Regierung, so leistet Widerstand! Führt sie einen Schlag, schlägt wieder! Einigt und ordnet Euch! Im übrigen hofft auf nichts. Regierung von Epiphonen! Sie wird nur Elend und Fesseln für Euch haben.“ Der Gendarmemajor von Matera berichtet, De Felice habe die Vertheilung der Güter in Aussicht gestellt, das Volk zur Vernichtung der Staatseinkünften, der Gesellschaft, des Vaterlandes angeflacht.

Rom, 12. April. In Folge Beschlagnahme einer Bombe verhaftete die Polizei im Laufe des Tages drei verdächtige Anarchisten, darunter einen Statisten des Konfanztheaters. Die beschlagnahmte Bombe soll im Auslande fabrizirt sein.

Palermo, 12. April. In dem bei dem Kriegesgericht anhängigen Prozesse gegen Defelice Guinada und seine Mitangeklagten begann heute das Verhör. Defelice leugnete, vom Auslande Geld erhalten zu haben, und wies die Beschuldigung zurück, daß die sozialistische Partei beabsichtigt hätte, Sizilien an England abzutreten und einen oder mehrere Häfen England zu überlassen. Genfs bestritt der Hauptangeklagte, daß ein Einvernehmen mit den Klerikalen bestanden habe. Das Ziel seiner Partei sei die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht mittelst Verführung, sondern durch Revolution, welche sich durch die Wissenschaft und die Zivilisation vollziehen werde.

Spanien und Portugal. Valencia, 12. April. Bei den gestrigen Ausschreitungen wurden 17 Pilger verwundet, von den Angreifern vier verletzt. Der Bischof von Madrid erhielt einen Dolchstoß, der durch die Soutane ging. Dem Erzbischof von Sevilla wurden die Schellen seines Wagens eingeschlagen. Die Anführer waren die Fensterheben des bischöflichen Palastes mit Steinen ein.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 13. April. Im neuen Krankenhause v e r s t a r b gestern die Frau des Werführers Dr. a u n a u s Grabow in Folge von Verletzungen, welche sie sich an einem der ersten Tage des April durch unvorsichtiges Umgehen mit einer brennenden Petroleumlampe zugezogen hatte. Die Frau wollte das Bassin der Hängelampe aus dem Gestell nehmen, dasselbe entfiel ihrer Hand und das Petroleum ergoß sich über ein in der Nähe befindliches Bett, in welchem das Kind der B. ihren Schlafteufel schlief. Bei dem vergeblichen Bemühen, die in Brand gerathenen Bettstücke zu löschen, fingen die Kleider der Frau Feuer und trug dieselbe ebenso wie das Kind schwere Brandwunden davon. Das Kind erlag bereits wenige Stunden nach dem Unfall den erlittenen Verletzungen.

Aus der verschlossenen Kiste eines am Selbstmordwerk liegenden Rahmes wurden in einer der letzten Nächte Kleider und Bettstücke im Werthe von etwa 100 Mark gestohlen. Mehrere Korbmachereisen, welche den Rahmen besaßen, hatten, sind in vorletzter Nacht von den dort angestellten Wachen einzelne Stücke entwendet worden.

Der bekannte Leichen-Kommissar Soltau ist heute Vormittag von einem plötzlichen Tod ereilt worden, während des Raifens besaß ihn ein Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Stadt-Theater. „Eifersucht“ von H. v. Reinefeld. Vor gut besuchtem Hause gelangte gestern zum ersten Male das vieraktige Schauspiel „Eifersucht“ von H. v. Reinefeld zur Aufführung. Wenn wir zunächst auf das Stück eingehen, so liegt, wie in allen Schauspielen, in denen Eifersucht das Motiv der Handlung bildet, auch hier die bewegende Kraft in der dauerhaften Ausbeutung eines an sich harmlosen Vorganges, Flora Hoffner, welche in ihrem nach dem Garten gelegenen Zollettenzimmer sich umkleidet, um einen Krankenbesuch zu machen, wird von ihrem Schwager,

nur ein Theil kam zweifellos auf gewaltsame Umstürzung gebeitet werden. In einem Briefe des in Frankreich lebenden Anarchisten Amilcar Cipriani an Petrina kommen Schmähungen gegen die Königin vor, die auf Wunsch des Angeklagten des Fiskal-Abolaten von der Verlesung ausgeschlossen werden. Ein aus Tunis nach Sizilien geschickter Aufruf an die Arbeiter hat einen sehr drohenden und umstürzlichen Ton. In einem Schreiben an den Hauptangeklagten, Abg. De Felice, aus Venedig ist von der Revolution im Einverständnis mit den Priestern die Rede. In einem Briefe vom 13. Dezember v. J. heißt es: „Das Blut der Proletarier wird gerächt werden; Sizilien wird schleunigst zur Revolution schreiten; es wird einen großen Krach geben“; in einem anderen vom 20. „Man ist bei der Verstellung der Notarden, das platte Land muß in Bewegung

